



Broschüre zu Nachhaltigkeitsinitiativen

A5.3



Co-funded by
the European Union

Zusammenfassung des Projekts

Angesichts von Umweltproblemen wie der globalen Erwärmung, der Umweltverschmutzung, der Zersiedelung der Landschaft, der Abholzung der Wälder und dem Verlust der biologischen Vielfalt, die das Leben der Lebewesen auf unserem Planeten zunehmend gefährden, ist es dringend erforderlich, das Bewusstsein der Menschen für umweltbezogene Probleme zu schärfen.

In einem solchen Kontext spielt die Erwachsenenbildung eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung der Bürger auf das künftige Leben und bei der Ermutigung zur Übernahme individueller Verantwortung für den Schutz der gesamten Gemeinschaft, in der sie leben, als Antwort auf die globalen Herausforderungen.

Umwelterziehung und -sensibilisierung für Erwachsene können eine fundierte Entscheidungsfindung ermöglichen, eine wesentliche Rolle bei der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Gemeinschaften spielen und Frauen und Männer zu einem nachhaltigen Lebensstil befähigen.

Umwelterziehung führt zu **verantwortungsbewussten Bürgern** und ist der Schlüssel zu Fortschritten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Da die Auswirkungen des Menschen auf unsere Umwelt zunehmen, sind mehr gemeinschaftliche Anstrengungen erforderlich.

Der Gedanke, dass die menschliche Gesundheit nicht ohne den Schutz der biologischen Vielfalt unseres Planeten gesichert werden kann, wird jedoch noch lange nicht ernst genommen, und allzu oft wird der Schutz der Natur als zweitrangiges Ziel gegenüber der sozioökonomischen Entwicklung betrachtet.

Das Erasmus+ Projekt "**GEA - Growing into Eco-conscious Adults**" will Menschen dazu ermutigen, ihr Verhalten und ihre Handlungen zu ändern, und zwar ausgehend von ihrem täglichen Leben.

Zu diesem Zweck hat die GEA-Partnerschaft eine Reihe innovativer und qualitativ hochwertiger Bildungsressourcen entwickelt und umgesetzt, die sich sowohl an Erwachsenenbildner als auch an erwachsene Lernende (insbesondere mit benachteiligtem sozioökonomischem/ bildungsbezogenem Hintergrund) richten und letztlich darauf abzielen, das Umweltbewusstsein von Erwachsenen, die sich nicht in der formalen Bildung befinden, zu schärfen und gleichzeitig die Bedeutung der sozialen und digitalen Integration im Bereich der Erwachsenenbildung zu vermitteln.

Das GEA-Projekt soll den Menschen helfen, die Auswirkungen von Umweltproblemen zu verstehen und die "Umweltkompetenz" von Erwachsenen zu erhöhen, indem die Kapazitäten lokaler Gemeinschaften durch aktive Umwelterziehung gestärkt werden. GEA fördert die Bildung für den Wandel, die Entwicklung einer kritischen, aktiven Bürgerschaft und das Eintreten für eine nachhaltige Entwicklung und verfolgt dabei die folgenden spezifischen Ziele:

- **Verbesserung der Möglichkeiten für Erwachsene, sich in ihren Gemeinden an Umwelt- und Klimamaßnahmen zu beteiligen und gleichzeitig ihre Fähigkeit zu kritischem Denken zu verbessern**
- **Entwicklung eines offenen E-Learning-Programms für Erwachsenenbildner, das sie befähigt, gemeinschaftliches Engagement für die Umwelt zu unterstützen**

- Entwicklung einer Reihe von Ressourcen zur Stärkung des Umweltbewusstseins von Erwachsenen
- Förderung eines gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozesses und der Mitgestaltung umweltpolitischer Initiativen durch Anwendung eines Multi-Stakeholder-Ansatzes
- Sicherstellung eines breiten und nachhaltigen Zugangs zu den Projektergebnissen unter erwachsenen Lernenden, Pädagogen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Entscheidungsträgern.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Deliverable information.....	Errore. Il segnalibro non è definito.
Project coordinator.....	Errore. Il segnalibro non è definito.
Version history	Errore. Il segnalibro non è definito.
Zusammenfassung des Projekts	2
Inhaltsverzeichnis.....	4
Vorwort.....	5
Ausgewählte umweltpolitische Maßnahmen in 6 Ländern, gegliedert nach Makrobereichen	6
Wassereinsparung.....	6
Energiesparen	8
Intelligentes Einkaufen (Smart shopping) und Lebensmittel	11
Abfallwirtschaft, Recycling und Upcycling.....	12
Aktiver Verkehr & Mobilität	15
Reduzierung unseres (digitalen) CO ₂ -Fußabdrucks	17
Erkenntnisse	19
Ergebnisse der Konsultationen mit politischen Entscheidungsträgern.....	20
Unterstützung und öffentliche Sichtbarkeit.....	20
Auf tretende Probleme und Widerstand	21
Auswirkungen und Bedürfnisse	23
Ergebnisse der Konsultationen mit lokalen Umweltausschüssen.....	24
Bewusstsein für umweltpolitische Maßnahmen	25
Herausforderungen und Widerstände bei der Umsetzung von Maßnahmen	26
Beteiligung der lokalen Gemeinschaft am Entscheidungsprozess.....	27
Übertragbarkeit der Maßnahmen und weiterer Handlungsbedarf	28
Empfehlungen für die gemeinsame Gestaltung umweltpolitischer Initiativen.....	29

Vorwort

Die GEA-Partner haben die Broschüre mit dem Ziel entworfen, erwachsenen Bürgern zu helfen, ihr Wissen über die Möglichkeiten der aktiven Bürgerschaft und der Beteiligung an der Entscheidungsfindung zu erweitern. Die Broschüre soll einen gemeinsamen Entscheidungsfindungsprozess und die Mitgestaltung der Umweltpolitik auf kommunaler, nationaler und EU-Ebene fördern. Zu diesem Zweck führten die GEA-Partner eine Analyse politischer Maßnahmen durch, um verwandte politische Maßnahmen zu identifizieren, die in den am Projekt beteiligten Ländern durchgeführt werden.

Die Untersuchung und Analyse dieser Politiken wird es den künftigen Nutzern des Booklets ermöglichen, Folgendes zu verstehen:

- Welche politischen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt gibt es in den Partnerländern?
- Was sind ihre Hauptziele?
- Wie werden sie entwickelt?
- Wer ist ihr Zielpublikum?
- Welche positiven Wirkungen haben sie?

Diese Maßnahmen sind in 6 Makrobereiche unterteilt und betreffen die folgenden Sektoren:

- Wassereinsparung
- Energiesparen
- Intelligentes Einkaufen (Smart Shopping) und Lebensmittel
- Abfallwirtschaft, Recycling und Upcycling
- Aktiver Verkehr & Mobilität
- Reduzierung unseres (digitalen) CO₂-Fußabdrucks

Durch das Verständnis dieser Maßnahmen werden die Nutzer der Broschüre in der Lage sein, ihre eigenen Ideen und Vorschläge zu entwickeln, um in Zukunft aktiver zu sein. Gleichzeitig hilft die Einbeziehung verschiedener Interessengruppen dabei, zu sehen, wie diejenigen handeln, die direkt an der Formulierung und Umsetzung dieser Maßnahmen beteiligt sind. Die Einbeziehung von 15 Interessenvertretern ist ein wichtiger Teil der Entwicklung der Broschüre, da sie die Perspektive und die Meinungen derjenigen wiedergibt, die für das Ergebnis der jeweiligen Maßnahme verantwortlich sind.

Außerdem ist die Broschüre eine Initiative zur Mitgestaltung. Die Einbeziehung der Bürger und die Einrichtung von Rundtischgesprächen zur Analyse der politischen Maßnahmen ist eine Innovation der Broschüre und ermöglicht den Bürgern eine maßgebliche Beteiligung an den Ergebnissen. In jedem Land wurden zwei runde Tische organisiert, an denen fünf lokale Gemeindevertreter (in Nordmazedonien zehn) teilnahmen, darunter

Erwachsene aus benachteiligten Gebieten, Eltern, Senioren, Erwachsenenbildner und Organisationen der Zivilgesellschaft, die Umwelterziehung anbieten. Bei diesen Rundtischgesprächen wurden die von den Partnerorganisationen ermittelten politischen Maßnahmen diskutiert, wodurch ein Bottom-up-Input zu diesen Maßnahmen geliefert und somit die von den politischen Entscheidungsträgern vorgelegte Analyse aus der Sicht der Bürger verfeinert wurde.

Die Kombination aus Interessenvertretern und Politikern verleiht der Broschüre einen einzigartigen Wert und erhöht gleichzeitig ihre erzieherische Wirkung. Die in der Broschüre enthaltenen Forschungsergebnisse und Empfehlungen werden den Kampf gegen die Umweltverschmutzung verstärken und den Bürgerinnen und Bürgern den Anstoß geben, sich für den Umweltschutz zu engagieren.

Ausgewählte umweltpolitische Maßnahmen in 6 Ländern, gegliedert nach Makrobereichen

Das folgende Kapitel gibt einen Einblick in verschiedene umweltpolitische Maßnahmen, die in den Partnerländern während der im Rahmen des GEA-Projekts durchgeführten Untersuchungen identifiziert wurden. Die politischen Maßnahmen wurden nach bestimmten Kriterien ausgewählt, wie z. B. Innovation, Auswirkungen, Reproduzierbarkeit und die Art und Weise, wie Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen in die Konsultation und Umsetzung einbezogen werden. Dieses Kapitel soll dem Benutzer der Broschüre helfen zu verstehen, wie politische Maßnahmen und Aktionen zum Schutz der Umwelt gestaltet werden können und welche Hauptziele diese Maßnahmen verfolgen. Außerdem werden die Zielgruppen der Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die lokale Gemeinschaft vorgestellt. Die ausgewählten Maßnahmen sind der Einfachheit halber in die bereits im Projekt definierten Makrobereiche unterteilt. Die vollständige Liste der identifizierten umweltpolitischen Maßnahmen ist auf der [GEA-Website](#) zu finden.

Wassereinsparung

Allgemeinverfügung zur Beschränkung der Wasserentnahme aus Oberflächengewässern bei Niedrigwasser	
Als Reaktion auf Trockenheit und sinkende Abflüsse erlässt die Untere Wasserbehörde eine zeitlich befristete Allgemeinverfügung, die die Wasserentnahme aus Flüssen,	

Bächen und Seen einschränkt oder untersagt. Im Jahr 2025 galt die Allgemeinverfügung von Anfang Juli bis Ende September (sofort vollziehbar). Zu den Kernelementen gehörten: Verbot der Entnahme von Wasser für den Gemeingebrauch zur Bewässerung/Bewässerung; Ausnahme für die Entnahme von Hand mit tragbaren Behältern; reduzierte Mengen (z. B. -50 Prozent) und bestimmte Zeitfenster (z. B. 18:00-08:00 Uhr) für genehmigungspflichtige Entnahmen für die Lebensmittelproduktion; Aussetzung anderer genehmigungspflichtiger Entnahmen für die Dauer; Bußgelder für Verstöße gegen das Wasserrecht. Eine ähnliche Verordnung wurde im Jahr 2023 erlassen und Ende August 2023 geändert. Rechtsgrundlagen sind das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und das Wassergesetz Baden-Württemberg (WG).

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Allgemeinverfügung richtet sich an die Allgemeinheit sowie an Landwirtschaft und Gartenbau, um Wasserverschwendung zu verhindern. Gleichzeitig werden aquatische Ökosysteme in fließenden und stehenden Gewässern (Fische und Wirbellose) durch geschützte Restwassermengen und eine geringere thermische/sauerstoffbedingte Belastung während Niedrigwasserperioden geschützt. Die Hauptziele der Verfügung sind daher die Sicherung der ökologischen Funktionen der Oberflächengewässer bei Niedrigwasser (Restwasser, Sauerstoffhaushalt, Biodiversität). Darüber hinaus zielt sie darauf ab, sich an den Klimawandel anzupassen, indem sie eine vorübergehende Bewirtschaftung konkurrierender Nutzungen in Dürreperioden vorsieht. Die Verfügung sieht auch ein distriktweites Risikomanagement über ein sofort vollstreckbares Rechtsinstrument (Allgemeinverfügung) vor.

Auswirkungen und Errungenschaften

Die Initiative hat eine kurzfristige Entlastung der Gewässer erreicht (weniger Entnahmen → stabilere Restwassermengen; geringeres Risiko von Fischsterben). Für die Landwirtschaft wurde durch klare Zeitfenster und Reduktionsfaktoren mehr Planungssicherheit betont. Gleichzeitig wurden notwendige Einschränkungen für private und gewerbliche Nutzer für die Dauer der Trockenheit festgelegt. Der Ansatz ist leicht auf andere Bezirke/Regionen mit saisonalen Niedrigwasserproblemen übertragbar, wenn man die gleiche Rechtsgrundlage und ähnliche Schwellenwerte/Zeitraumen verwendet. Zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren gehören robuste Schwellenwerte, eine enge Abstimmung mit der Landwirtschaft, eine klare öffentliche Kommunikation (Internet, kommunale Bekanntmachungen) und die Aufklärung über wassersparende Praktiken und Alternativen.

Widerstandsfähiges Skopje: Hochskalieren für Nachhaltigkeit, Innovation und Klimawandel



Das Dokument stellt den Green City Action Plan (GCAP) für Skopje, Nordmazedonien, vor, der eine umfassende Modernisierung des Abfallsammel- und -verarbeitungssystems der Stadt für den Zeitraum 2023-2035 skizziert. Neben der Abfallbewirtschaftung werden im GCAP auch wichtige Umweltprioritäten wie die Verbesserung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden, die Verbesserung des städtischen Nahverkehrs, das Management von Wasser- und Abwassersystemen und die Verringerung der lokalen Umweltverschmutzung festgelegt und behandelt. Das

übergeordnete Ziel besteht darin, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern und gleichzeitig die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Der Plan wurde mit starker Unterstützung des Bürgermeister und der Stadtverwaltung als Teil der Teilnahme von Skopje am EBWE-Programm "Grüne Städte" entwickelt.

Zielsetzung und Zielgruppen

GCAP identifies a broad set of target groups and final beneficiaries. Reflecting on the plan's cross-sectoral approach to urban sustainability, the implementation of the GCAP targets: city authorities, public service providers and utility companies as well as residents. Its main goals are to improve air quality, reduce pollution, enhance energy and resource efficiency, and strengthen resilience to climate change. The plan targets key sectors such as urban transport, waste management, water and wastewater services, and energy use in public buildings.

Auswirkungen und Errungenschaften

Zu den wichtigsten Effekten gehört eine prognostizierte Senkung der PM10- und PM2,5-Werte um 30-50 % durch saubereren Verkehr, energieeffiziente Gebäude und verbesserte Abfallsysteme. Die geplante Investition von 25 Mio. EUR in die Abfallinfrastruktur wird die Abhängigkeit von Mülldeponien und die illegale Deponierung deutlich verringern. Der GCAP verbessert auch die Widerstandsfähigkeit gegen Überschwemmungen und die Klimaanpassung für über 500 000 Einwohner, insbesondere für gefährdete Gruppen, und eröffnet gleichzeitig Möglichkeiten für grüne Arbeitsplätze und Investitionen. Der Green-City-Aktionsplan für Skopje kann durch regionale Nachahmung, Integration in die nationale Politik und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit auf eine breitere Basis gestellt werden. Sein strukturierter Ansatz und seine messbaren Ergebnisse machen ihn zu einem Modell für andere Städte, die ähnliche Pläne entwickeln wollen. Auch nationale Ministerien können die Erkenntnisse des GCAP nutzen, um Strategien für eine grüne Stadt auf nationaler Ebene zu entwickeln.

Energiesparen

Gruppenkäufe von Ökostrom & Kommune für die Zukunft



Die Provinz Westflandern unterstützt den Kauf von Ökostrom durch Gruppen (seit 13 Jahren) und begleitet die lokalen Behörden bei der Umsetzung von "Kommunen für die Zukunft" (gemeinsame Mobilität, Lebensmittelverluste, Ökologisierung). Regionale Landschaften werden ebenfalls gestärkt, und es werden Kommunikationskampagnen rund um Sonnenkollektoren durchgeführt.

Zielsetzung und Zielgruppen

Hauptziele der Initiative sind die nachhaltige Energieerzeugung und der nachhaltige Energieverbrauch in der Region sowie die Stärkung der Ökologisierung und der Wasserbewirtschaftung. Darüber hinaus sollen die lokalen Behörden bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt und die Bürgerinnen und Bürger zu einer Änderung ihres Verhaltens ermutigt werden. Zu diesem Zweck zielt die Initiative vor allem auf die

lokalen Behörden, Landwirte und Familien ab, damit diese niedrigere Energiekosten erzielen können. Auch Schulen sind Teil des Plans, damit sie Maßnahmen zur Klimaanpassung einführen können.

Auswirkungen und Errungenschaften

Im Rahmen dieser Initiative wurden 75.000 Familien dabei unterstützt, durch Gruppenkäufe auf umweltfreundlicheren Strom umzusteigen. Zur Förderung einer nachhaltigen Lebensweise wurden Spielplätze begrünt und klimaangepasste Zonen eingerichtet. Außerdem wurden im Rahmen einer neuen Kampagne zusätzliche Solarpaneele installiert, die über den langfristigen Durchschnitt hinausgehen. Die Initiative kann von anderen Regionen übernommen werden, insbesondere die Gruppenkäufe und Kampagnen. Die Evaluierung der Initiative folgt einem Plan-Do-Check-Act-Zyklus, so dass Verbesserungen eingebaut werden können.

Betrieb und periodische eingehende Sicherheitsüberprüfung des Hochwasserrückhaltebeckens (HRB) Breitenauer See



Der Breitenauer See ist ein künstlich angelegtes Hochwasserrückhaltebecken (HRB) an der Sulm und Teil eines regionalen Systems von Rückhalteeinrichtungen. Sein Bau wurde nach einer Reihe von schweren Hochwasserereignissen im Sulmtal (vor allem 1970) politisch initiiert. Daraufhin wurde die Entscheidung getroffen, einen Damm zu errichten, um Überschwemmungen zu verhindern. Es handelt sich also nicht um eine reine Präventivmaßnahme, sondern um eine direkte Reaktion auf die wiederholten Hochwasserschäden, von denen Gemeinden und große Arbeitgeber in der Region betroffen waren und bei denen Berichten zufolge eine Standortverlagerung diskutiert wurde. Ein solches Bauwerk muss häufig in Betrieb genommen werden, weshalb regelmäßig eine Betriebs- und eine periodische eingehende Sicherheitsinspektion durchgeführt wird. Der Betreiber führt die für Talsperren und Hochwasserrückhalteanlagen vorgeschriebenen periodischen vertieften Sicherheitsinspektionen durch; zu diesem Zweck wird der Stausee vollständig entleert, werden die Talsperrenbauwerke und -einrichtungen inspiziert und notwendige Sanierungen durchgeführt (zuletzt 2020/21), einschließlich vorübergehender Sperrungen des Seegebiets für Arbeiten und die öffentliche Sicherheit.

Zielsetzung und Zielgruppen

Diese Entscheidung betraf direkt viele Zielgruppen wie Anwohner und Unternehmen, die durch die Überschwemmungen nicht mehr gefährdet waren. Außerdem zielt sie auf Energieunternehmen ab, die die Region mit erneuerbarer Energie versorgen könnten, was zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen von Verbrennungsanlagen führen wird. Die Hauptziele dieses Projekts sind in erster Linie die Verringerung des Hochwasserrisikos durch Abschwächung der Abflussspitzen. Außerdem sollen die Infrastruktur, das Eigentum und die Arbeitsplätze im Tal geschützt werden (Resilienz des Standorts und der Industrie). Gleichzeitig wird die Sicherheit der Dämme durch regelmäßige, gründliche Inspektionen und Instandhaltung gewährleistet.

Auswirkungen und Errungenschaften

The continued operation and inspection of the dam provided a sustained improvement of flood protection in the Sulm catchment and reduced damage during heavy rainfall events. Moreover, brought economic co-benefits through reduced flood-related production interruptions and improved location security for employers. The inspections and refurbishment works are also including ecological accompanying measures (e.g., fish relocation) as required. The combined operation, inspection and refurbishment regime is transferable to other catchments with comparable dams/HRBs, provided that governance (e.g., a water association), funding, and ecological accompanying planning and public communication are in place.

Klimaneutralitätsstrategie der Gemeinde Tauragė bis 2030



Diese langfristige Strategie skizziert den Weg der Gemeinde Tauragė zur Klimaneutralität bis 2030. Die Strategie umfasst einen Aktionsplan und einen Investitionsfahrplan für die wichtigsten Sektoren (Verkehr, Energie, Abfall, Landwirtschaft und Landnutzung). Sie umfasst sowohl technische Maßnahmen (z. B. die Entwicklung erneuerbarer Energien) als auch soziale Innovationen. Zur Koordinierung der Akteure und zur Gewährleistung einer transparenten Umsetzung wurde ein partizipatives Governance-Modell eingeführt.

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Strategie richtet sich an ein breites Spektrum von Interessengruppen in der gesamten Gemeinde. Dazu gehören Einwohner, Kommunalbehörden, Unternehmen (insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft), Institutionen und Nichtregierungsorganisationen. Besonderes Augenmerk wird auf die Einbeziehung von Jugendlichen, sozial schwachen Gruppen und Einwohnern gelegt, die einen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen. Die Strategie zielt auch darauf ab, Vertreter nationaler Ministerien und öffentlicher Dienstleister einzubeziehen, um eine Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen zu gewährleisten.

Das Hauptziel der Strategie ist die Klimaneutralität des Distrikts Tauragė bis 2030. Sie befasst sich mit zentralen Umweltproblemen wie den hohen THG-Emissionen aus Verkehr, Energienutzung und Abfallwirtschaft. Darüber hinaus werden strukturelle Probleme wie begrenzte finanzielle Ressourcen, technologische Lücken und mangelndes Fachwissen in der Klimaplanung durch die Einführung von Governance-Innovationen, die Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und die Förderung der Klimakompetenz auf Gemeindeebene angegangen.

Auswirkungen und Errungenschaften

Obwohl sich die Strategie noch in der frühen Umsetzungsphase befindet, wird erwartet, dass sie bis 2030 zu einer erheblichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen um bis zu 85 % führen wird. Die Strategie ist in hohem Maße auf andere litauische Kommunen und EU-Regionen übertragbar, die Klimaneutralität anstreben. Ihre Integration in umfassendere strategische Rahmenwerke, einschließlich des nationalen Energie- und Klimaaktionsplans und des europäischen Green Deal, ermöglicht die Anpassung an

Finanzierungs- und Regulierungsmechanismen. Der partizipatorische und modulare Aufbau der Strategie - der technologische Innovation mit sozialem Engagement verbindet - macht sie sowohl für städtische als auch für gemischte ländlich-städtische Kontexte übertragbar.

Intelligentes Einkaufen (Smart shopping) und Lebensmittel

Metamorfosis – Recycling-Vorreiterin in Attika



Die Gemeinde Metamorfosis hat ein innovatives, umfassendes Recyclingkonzept mit dem Titel "First in Attica for Recycling" auf den Weg gebracht, das darauf abzielt, das massenhafte und individuelle Recycling durch die Bürger zu fördern. Die Maßnahme fördert das Recycling von Papier, Kunststoff und Aluminium. Darüber hinaus werden das Recycling von Altöl und die Kompostierung, insbesondere auf den Märkten der Gemeinde, durch die Verwendung von separaten Recyclingbehältern gefördert.

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Initiative wird von verschiedenen kommunalen Bereichen und Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt, die sich mit Umwelt und Recycling befassen. Die Hauptzielgruppen sind in erster Linie die Einwohner der Gemeinde und in zweiter Linie die Lebensmittelhersteller, die ihre Produkte auf den Flottenmärkten verkaufen. Die Initiative befasst sich mit der Zunahme des Abfallvolumens, das auf Mülldeponien landet, der Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden sowie der Verschwendung von Lebensmitteln. Die Ziele sind die Verringerung der Abfälle, insbesondere der Altöl- und Lebensmittelabfälle, die Verbesserung des Abfallrecyclings und die Verbesserung der Kompostierung von biologisch abbaubaren Abfällen. Außerdem sollen die Bürger über die positiven Aspekte des Recyclings aufgeklärt werden.

Auswirkungen und Errungenschaften

Es wird erwartet, dass die Maßnahme die Abfallproduktion in dem Gebiet verringert, die Recyclingquoten um 70% erhöht, die Kompostierungsquoten, insbesondere auf Freiluftmärkten, verbessert und die Lebensmittelabfälle verringert. Darüber hinaus wird die Maßnahme den Lebensstandard in der Gemeinde verbessern. Ähnliche Maßnahmen können in vielen Gemeinden in städtischen Gebieten umgesetzt werden, die ihre Abfallmenge verringern und ihr Abfallmanagement verbessern müssen. Die Maßnahme kann je nach den Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden angepasst werden. Solche Maßnahmen erfordern jedoch einen Top-down-Ansatz der Zentralregierung.

Abfallwirtschaft, Recycling und Upcycling

Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft in Oostkamp



Die Gemeinde Oostkamp verfolgt eine ehrgeizige Abfall- und Nachhaltigkeitsinitiative mit den Schwerpunkten Abfallvermeidung, Abfallkontrolle, gemeinsame Mobilität, Wasserwirtschaft und Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Natur. Die wichtigsten Maßnahmen sind: der Übergang von Restmüllsäcken zu Containern, die interkommunale Zusammenarbeit bei Recyclingparks, Zigarettenschalen bei Veranstaltungen, die Einführung von gemeinsam genutzten Autos und Fahrrädern sowie agrarökologische Initiativen (wie Hecken, Streifenanbau und Erosionsschutz). Die Maßnahme versucht, die Reduzierung des Restmülls auf max. 90 kg pro Einwohner bis 2030 anzustreben, indem auch illegale Müllablagerungen, Abfälle und insbesondere Zigarettenstummel bekämpft werden. Außerdem sollen die Wasserbewirtschaftung und die Pufferung auf Baustellen verbessert werden. Schließlich sollen die Interessen von Landwirtschaft und Natur durch Beratung und agrarökologische Maßnahmen in Einklang gebracht und durch Bildung und Beteiligung Unterstützung und Bewusstsein geschaffen werden.

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Maßnahme richtet sich an alle Bewohner des Oostkamps, insbesondere an Mehrfamilienhäuser, Veranstalter und Besucher in Raucherzonen sowie an Schulen, um die Aufklärung und Verhaltensänderung durch Sensibilisierung zu fördern.

Auswirkungen und Errungenschaften

Die Maßnahme hat es geschafft, das Restmüllaufkommen zu reduzieren, ca. 131 kg pro Einwohner, auf dem Weg zur Reduzierung durch die Einführung von Containern. Im Hinblick auf die Wasserwirtschaft und die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Natur sind die Auswirkungen noch begrenzt. Außerdem ist ein sichtbarer Rückgang der Zigarettenstummel bei Veranstaltungen nach Einführung der Zigarettenstummelschalen zu verzeichnen. Die Maßnahme hat auch erreicht, dass Schulen und Kinder in die Abfallerziehung einbezogen werden und dass vor allem in Mehrfamilienhäusern zunehmend gemeinsame Autos und Fahrräder genutzt werden. Das interkommunale Recyclingsystem lässt sich leicht auf andere Gemeinden übertragen. Das Modell mit den Zigarettenstummelbehältern und die Zusammenarbeit mit Veranstaltern kann auf mehrere Veranstaltungen übertragen werden. Projekte zur Wasserbewirtschaftung können sich an internationalen Beispielen wie den Projekten in den Niederlanden orientieren. Und schließlich kann die Übung zur Abstimmung zwischen Landwirtschaft und Natur als Modell für andere Gemeinden mit Spannungsfeldern zwischen Landwirtschaft und Ökologie dienen. Insgesamt ist die Initiative in hohem Maße replizierbar und hat gute Erfolgsaussichten.

Zero Waste Skyros – Initiative zur Abfallvermeidung auf der Insel Skyros



Nach dem Vorbild der Insel Tilos plant die Gemeinde Skyros die Umsetzung eines Null-Abfall-Plans, um sicherzustellen, dass die meisten Abfälle wiederverwertet oder recycelt werden und dass nicht biologisch abbaubare und nicht recycelbare Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Das Konzept richtet sich an zwei Hauptzielgruppen: die Einwohner der Insel und die Touristen, die die Insel besuchen. Die Initiative befasst sich mit dem großen Problem der Abfallbewirtschaftung auf der Insel, einem Problem, mit dem die meisten Inseln in Griechenland konfrontiert sind.

Zielsetzung und Zielgruppen

The goals are to reduce waste, and especially non-biodegradable and non-recyclable waste, to improve recycling and upcycling of waste and to improve composting of biodegradable waste. Through these, the municipality will be able to protect the island's natural environment.

Auswirkungen und Errungenschaften

Daher wird in den kommenden Jahren mit einer geringeren Abfallproduktion und einer höheren Recyclingquote (85-90 % des Abfalls) gerechnet. Außerdem soll die Kompostierung verbessert werden, vor allem in den Restaurants und Tourismusbetrieben auf der Insel. Die Gemeinde möchte die Abfallentsorgungsinfrastruktur der Insel während der Touristensaison entlasten. Maßnahmen wie diese können auch in anderen Gebieten umgesetzt werden, insbesondere auf Inseln oder an kleinen Touristenzielen, die Lösungen zur Bewältigung ihrer Abfallströme und zum Schutz ihrer natürlichen Umwelt benötigen.

Beteiligung von Arbeitslosen an gemeinsamen Grünflächen



Die Gemeinde Termini Imerese hat ein Kooperationsnetz mit der örtlichen Arbeitsagentur eingerichtet, um Arbeitslose, die derzeit auf eine Beschäftigung warten, in Aktivitäten für die Gemeinschaft einzubinden, die sich insbesondere auf grüne und soziale Aktivitäten konzentrieren.

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Maßnahme verfolgt eine duale Zielsetzung: Sie soll einerseits arbeitslose Bürger*innen unmittelbar unterstützen und andererseits mittelbar zur Entwicklung der Stadt beitragen. Die Maßnahme zielt darauf ab, verschiedene Bereiche der Stadt zu verbessern, die sonst aufgrund von Personal- und Geldmangel unbeaufsichtigt bleiben würden, und bisher nicht vorhandene Dienstleistungen anzubieten. In diesem Prozess werden Menschen beschäftigt, die einen Arbeitsplatz suchen, um ihre Fähigkeiten zu verbessern oder einfach ihre Moral zu steigern.

Auswirkungen und Errungenschaften

Die Maßnahme hat ihre Wirksamkeit in der Stadt bewiesen. Mehrere zuvor verlassene Grünflächen wurden wiederhergestellt, öffentliche Bereiche wurden sauberer, und es wurden einige völlig neue Dienstleistungen geschaffen, wie z. B. Babysitter nach der Schule für berufstätige Eltern. Darüber hinaus wurden einige der an diesem Prozess beteiligten Personen später in dem Bereich, in dem sie tätig waren, angestellt oder entdeckten persönliche Leidenschaften wieder. Die Initiative der Gemeinde kann von

anderen Gemeinden in ganz Europa übernommen werden. Mehr Arbeitssuchende könnten in die Aktion zur Verbesserung der Abdeckung und der Unterstützungsbereiche für die Stadt und ihre Einwohner einbezogen werden. Dadurch könnten mehr Möglichkeiten für Arbeitssuchende geschaffen werden, sich in eine virtuose Mechanik einzubringen, um das Selbstwertgefühl zu verbessern, potenzielle Arbeitsfähigkeiten zu entwickeln und Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Darüber hinaus können solche Initiativen den Energieverbrauch der Gemeinde senken, da die Restaurierung verlassener Orte neue Installationen für Licht wie energieeffiziente Beleuchtung (z. B. LEDs), Solarbeleuchtung und/oder automatische Sensoren, die den Energieverbrauch senken, überbrückt.

Initiativen zur Abfalltrennung



Die Gemeinde Sambuca hat einen komplexen Rahmen von Aktionen durchgeführt, um die Umsetzung der Mülltrennung bei den Bürgern zu fördern. Die Aktionen bestanden hauptsächlich aus Informationskampagnen und Preisen für die Bürger, die im Verhältnis zu ihrem Engagement für die Erreichung der Ergebnisse standen. Mit diesen Aktionen schafft das Gemeindecarchiv Anreize für die Bürger, den Abfall besser und mit mehr Engagement zu trennen.

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Initiative zielt darauf ab, die Bürgerinnen und Bürger, die die Hauptzielgruppe sind, dazu zu bringen, ein möglichst hohes Maß an Mülltrennung zu erreichen. Bislang hat die Gemeinde im Jahr 2025 einen Prozentsatz von 85,7 % der sortierten Abfälle erreicht und gleichzeitig eine stärkere Beteiligung der Bürger an der Abfallsammlung erreicht, wodurch auch die Kosten für die Sammlung für die öffentliche Hand deutlich gesenkt werden konnten.

Auswirkungen und Errungenschaften

Dieser spezifische Ansatz trug nicht nur zur Verringerung der Abfallverschmutzung bei, sondern verringerte auch den Energie- und Kohlenstoff-Fußabdruck der Stadtverwaltung erheblich, da durch die Beteiligung der Bürger der Einsatz von Maschinen für die Reinigung und das Einsammeln von Abfällen reduziert werden konnte. Die gleichen Strategien können auch von anderen Städten und kleineren Gemeinden oder Gebieten einer größeren Stadt übernommen werden. Die Gemeinde Sambuca strebt derzeit eine Vervielfachung der Wirkung an, um 90 % der sortierten Abfälle zu erreichen.

Aktionsplan "Grüne Städte" - SW-4: Modernisierung der Abfallinfrastruktur



Das Dokument stellt den Green City Action Plan (GCAP) für Skopje, Nordmazedonien, vor, der eine umfassende Modernisierung des Abfallsammel- und -verarbeitungssystems der Stadt für den Zeitraum 2023-2035 skizziert. Neben der Abfallbewirtschaftung werden im GCAP auch wichtige Umweltprioritäten wie die Verbesserung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden, die Verbesserung des

städtischen Verkehrs, das Management von Wasser- und Abwassersystemen und die Verringerung der lokalen Umweltverschmutzung festgelegt und behandelt. Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern und gleichzeitig die Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Der Plan wurde mit starker Unterstützung des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung im Rahmen der Teilnahme von Skopje am EBWE-Programm "Grüne Städte" entwickelt.

Zielsetzung und Zielgruppen

Im GCAP für Skopje wird ein breites Spektrum von Zielgruppen und Endbegünstigten genannt. Die Initiative richtet sich an: Die städtischen Behörden und die Verwaltung von Skopje, die für die Entscheidungsfindung, die Umsetzung der Maßnahme, die Überwachung und die Koordinierung zuständig sind, sowie internationale Partner, Geber und Anwohner bzw. über 500 000 Menschen, gefährdete Gruppen, künftige Generationen und andere, die von sauberer Luft, sauberem Wasser, sauberem Boden, sichereren öffentlichen Dienstleistungen und einer verbesserten städtischen Infrastruktur profitieren werden.

Hauptziele des Plans sind die Verbesserung der Luftqualität, die Verringerung der Umweltverschmutzung, die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel. Der Plan zielt auf Schlüsselsektoren wie Stadtverkehr, Abfallwirtschaft, Wasser und Abfall ab. Die Maßnahme schlägt Infrastrukturverbesserungen, umweltfreundliche Investitionen und politische Reformen für den Zeitraum zwischen 2023 und 2035 vor. Der Plan steht auch im Einklang mit den EU-Umweltstandards und unterstützt Skopjes Engagement für das EBWE-Programm "Grüne Städte", das einen Fahrplan für eine sauberere, sicherere und klimaresistentere Stadtentwicklung bietet.

Auswirkungen und Errungenschaften

Zu den wichtigsten Effekten gehört eine prognostizierte Senkung der PM_{10} - und $PM_{2.5}$ -Werte um 30-50 % durch saubereren Verkehr, energieeffiziente Gebäude und verbesserte Abfallsysteme. Die geplanten Investitionen in Höhe von 25 Mio. EUR in die Abfallinfrastruktur (Sortierung, Recycling, Energiegewinnung aus Abfällen) werden die Abhängigkeit von Mülldeponien und die illegale Deponierung deutlich verringern. Der GCAP verbessert auch die Widerstandsfähigkeit gegen Überschwemmungen und die Klimaanpassung für über 500 000 Einwohner, insbesondere für gefährdete Gruppen, und eröffnet gleichzeitig Möglichkeiten für grüne Arbeitsplätze und Investitionen. Diese Ergebnisse versetzen Skopje in die Lage, die EU-Standards zu erfüllen, die mit der Umweltverschmutzung verbundenen Gesundheitsrisiken zu verringern und die langfristige städtische Nachhaltigkeit zu stärken.

Aktiver Verkehr & Mobilität

Skopjes Plan für nachhaltigen Stadtverkehr



Der Plan für ein nachhaltiges Verkehrssystem (SUMP) wurde vom Stadtrat von Skopje im Jahr 2011 angenommen. Der Plan wurde mit dem Hauptziel entwickelt, eine

langfristige Strategie für eine nachhaltige urbane Mobilität anzubieten, die den wachsenden Herausforderungen der Einwohner und Interessengruppen sowie dem Bedarf an besseren Nahverkehrsdiensten gerecht wird. Der SUMP konzentrierte sich auf die Verringerung der Verkehrsüberlastung in der Stadt durch die Förderung einer Verlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel und nicht motorisierte Fortbewegungsarten wie Radfahren und Gehen, einschließlich der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile des kollektiven Verkehrs. Ein weiterer Schwerpunkt des Plans war die Verbesserung des allgemeinen Verkehrsmanagements in der Stadt und die Gewährleistung einer besseren Anbindung und des Zugangs zu alternativen Verkehrsmitteln. Die Verabschiedung des Plans war ein bedeutender Schritt nach vorn, da er eine breite Beteiligung der Interessengruppen förderte und die Grundlage für eine integrativere und strategischere Verkehrspolitik legte.

Zielsetzung und Zielgruppen

Hauptnutznießer und Zielgruppen des SUMP von Skopje waren die Einwohner und die Randgebiete. Außerdem alle städtischen Pendler, wie z. B. tägliche Reisende, Radfahrer, private Pkw-Nutzer, Betreiber öffentlicher Verkehrsmittel und Arbeitnehmer, lokale Unternehmen, gefährdete Gruppen wie Kinder, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und andere. Hauptziel des SUMP war es, das Reiseverhalten der Menschen zu beeinflussen, indem die Abhängigkeit vom Auto verringert und ihnen ein saubereres, sichereres, effizienteres und besser zugängliches städtisches Mobilitätsmodell angeboten wird. Der Plan konzentrierte sich auf spezifische Maßnahmen, die darauf abzielten, das unbefriedigende Niveau der öffentlichen Verkehrsdienste in Skopje anzugehen und die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die Fußgänger- und Fahrradinfrastruktur, zu verbessern.

Darüber hinaus konzentrierte sich der Plan auf die Förderung eines nachhaltigen Zugangs zu den historischen und kulturellen Stätten der Stadt sowie auf die Bewältigung von Verkehrsstaus, Luftverschmutzung und verschiedener infrastrukturbezogener Probleme wie begrenzter Parkraum, unkontrolliertes Parken und anderes.

Auswirkungen und Errungenschaften

Der Plan war der erste Plan für nachhaltigen städtischen Verkehr im Land, der mit einem hohen Maß an Beteiligung der Interessengruppen entwickelt wurde und den Beginn der partizipativen lokalen Mobilitätsplanung und Entscheidungsfindung markierte. Der Prozess bezog Mitarbeiter aus den relevanten Abteilungen der lokalen Regierung, wie z. B. der Verkehrsabteilung, relevante Berufsverbände und Nichtregierungsorganisationen ein, die aufgerufen waren, sich aktiv an der endgültigen Fassung des Plans zu beteiligen. Der SUMP hat ein großes Potenzial für eine breitere Anwendung in anderen Städten und Ländern, die vor ähnlichen Herausforderungen im Bereich der urbanen Mobilität stehen, gezeigt. Die Hauptstärke des Dokuments liegt in seinem praktischen und anpassungsfähigen Rahmen, der sich auf die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, die Regulierung des Parkens, die Verringerung der Luftverschmutzung und die Einbeziehung von Bürgern und Interessenvertretern in Entscheidungsprozesse konzentriert. Der SUMP hat sich von einer lokalen Initiative zu einem nationalen und regionalen Referenzpunkt für nachhaltige Mobilitätsplanung entwickelt.

Reduzierung unseres (digitalen) CO₂-Fußabdrucks

Resilient Skopje – Ausbau von Nachhaltigkeit, Innovation und Klimaschutz



Das Grüne Kataster ist ein GIS-gestütztes Register (Rahmenwerk), in dem alle öffentlichen Bäume, Sträucher und grünen Korridore in Skopje katalogisiert sind. Der Rahmen umfasst die Identifizierung der Arten, die Höhe, den Gesundheitszustand, die Geokoordinaten und den Umfang der Baumkronen. Das zunächst in mehreren Phasen durchgeführte Projekt unterstützt die Planung grüner Korridore, die Umweltüberwachung, die Klimaresistenz und das städtische Naturmanagement. Das Kataster untermauert auch das Ziel des Green City Action Plan (GCAP), urbane Hitzeinseln abzuschwächen, die Luftverschmutzung zu reduzieren, die biologische Vielfalt zu erhalten und Entscheidungen der Stadtplanung zu unterstützen.

Zielsetzung und Zielgruppen

Das Grüne Kataster richtet sich an die Stadtverwaltung, Stadtplaner, öffentliche Unternehmen und Umweltexperten, indem es ein Inventar der städtischen Grünflächen für eine bessere Planung und Verwaltung bereitstellt. Zu den Endbegünstigten gehören die Bürger von Skopje, die von sauberer Luft, mehr Grünflächen und einer geringeren Hitzeentwicklung in der Stadt profitieren, ebenso wie die lokalen Gemeinden und künftige Generationen, die von einer verbesserten städtischen Nachhaltigkeit und Klimaresistenz profitieren. Das Hauptziel des Grünkatasters ist die systematische Kartierung, Überwachung und Verwaltung aller städtischen Grünflächen in Skopje, um eine nachhaltige Stadtplanung zu unterstützen, die Umweltqualität zu verbessern und die Klimaresistenz zu erhöhen. Das Projekt befasst sich mit zentralen Problemen wie dem unkontrollierten Verlust von Grünflächen, dem Mangel an Daten für eine fundierte Planung, städtischen Hitzeinseln, schlechter Luftqualität und der Notwendigkeit des Schutzes der biologischen Vielfalt in der Stadt.

Auswirkungen und Errungenschaften

Das Grüne Kataster hat zu mehreren wichtigen Effekten und Wirkungen geführt. Es hat der Stadt Skopje ermöglicht, Zehntausende von Bäumen und Grünflächen zu registrieren und zu überwachen, was die Transparenz und die datengestützte Stadtplanung verbessert. Dies unterstützt den Erhalt und die Ausweitung von Grünflächen und trägt dazu bei, die Luftverschmutzung zu verringern und die städtische Hitze abzuschwächen. Das Kataster stärkt die Bemühungen zur Klimaanpassung, leitet die Entwicklung nachhaltiger Infrastrukturen und erhöht die öffentliche Rechenschaftspflicht beim Schutz des städtischen Grüns. Außerdem ermöglicht es den städtischen Dienststellen, Grünanlagen besser zu pflegen und künftige Maßnahmen effektiver zu planen.

Die Initiative des Grünen Katasters hat ein großes Potenzial für eine breitere Anwendung. Auf nationaler Ebene kann es als Modell für andere Städte dienen, um das Grünflächenmanagement im Rahmen des nationalen Gesetzes über städtisches Grün zu stärken. Auf regionaler Ebene entspricht das System den EU-Standards für die städtische Begrünung und könnte in anderen Städten des westlichen Balkans im

Rahmen von Programmen wie der Grünen Agenda für den westlichen Balkan oder dem Konvent der Bürgermeister übernommen werden. Seine kostengünstige, skalierbare GIS-Struktur macht eine Vervielfältigung sowohl machbar als auch wirkungsvoll. Das Grüne Kataster von Skopje ist eine Initiative, die durch die Investition in grünere Flächen indirekt dazu beiträgt, den gesamten Kohlenstoff-Fußabdruck zu verkleinern, insbesondere den städtischen und ökologischen Kohlenstoff-Fußabdruck.

Plan zur Verbesserung der Luftqualität im Ballungsraum Skopje



Der Plan zur Verbesserung der Luftqualität im Ballungsraum Skopje ist ein von der EU finanzierter (IPA) strategischer und operativer Plan, der 2017 von der Stadt Skopje, dem Umweltministerium, dem Finnischen Meteorologischen Institut, dem Österreichischen Umweltbundesamt und Technolab entwickelt und eingeführt wurde. Der Plan kombiniert eine Reihe von Maßnahmen wie gesetzliche Verpflichtungen, wissenschaftlich fundierte Quellenanalysen, Echtzeitüberwachung, öffentliches Engagement und finanzielle Anreize. Sein Hauptziel ist es, greifbare Ergebnisse wie eine Strategie zur Verringerung der Luftverschmutzung in Skopje und den umliegenden Gemeinden zu erzielen, einschließlich einer Bewertung der Luftqualität auf der Grundlage nationaler Vorschriften und Überwachungsdaten von sieben Stationen in der Region.

Zielsetzung und Zielgruppen

Der Plan kommt der gesamten Bevölkerung in der Region Skopje zugute, einschließlich gefährdeter Gruppen wie Kindern, älteren Menschen, Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Patienten und anderen. Darüber hinaus richtet sich der Plan an verschiedene Interessengruppen wie verkehrsbezogene Unternehmen, Behörden, lokale Verwaltungen, Haushalte und verschiedene Branchen in der Region.

Das Hauptziel des Luftqualitätsplans von Skopje ist die Verbesserung der Luftqualität in der Region und der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt in Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften zur Luftqualität. Der Plan befasst sich mit den wichtigsten Verschmutzungsquellen, vor allem mit dem Heizen von Haushalten, das in hohem Maße zur Feinstaubbelastung beiträgt, insbesondere durch Maßnahmen wie den Austausch veralteter Heizgeräte, die Einschränkung des Verbrennens von Holz und die Förderung energiesparender Praktiken.

Auswirkungen und Errungenschaften

Als Ergebnis der Initiative und der geplanten Maßnahmen wurden Luftqualitätsstationen installiert und in Datensysteme integriert, Subventionen für Ökoheizungen, Schornsteinreinigung und umweltfreundlichen Verkehr eingeführt und eine Praxis der jährlichen Berichterstattung an den Stadtrat und das Umweltministerium eingeführt. Der Luftqualitätsplan von Skopje ist auf andere Ballungsräume übertragbar und wurde daher von anderen Gemeinden wie Tetovo, Bitola und Ohrid als gutes Beispiel verwendet.

Begrünungsplan der Stadt Tauragė



Der Tauragė City Greening Plan ist ein strategisches Dokument, das auf die Vergrößerung der Grünflächen in der Stadt abzielt. Er enthält eine Bewertung der aktuellen grünen Infrastruktur, identifiziert problematische und prioritäre Bereiche für Interventionen und schlägt gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Qualität, der Klimaresistenz und des öffentlichen Zugangs zur Natur vor. Der Plan unterstützt die langfristige städtische Nachhaltigkeit durch naturbasierte Lösungen und zielt darauf ab, Grün in die Stadtentwicklung auf systematische und integrative Weise zu integrieren.

Zielsetzung und Zielgruppen

Die Hauptnutznießer der Initiative sind die Einwohner von Tauragė City, einschließlich gefährdeter Gruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Problemen. Stadtplaner, Umweltexperten und lokale öffentliche Dienstleister sind ebenfalls wichtige Akteure, ebenso wie künftige Generationen, die von einer lebenswerteren und klimaangepassten städtischen Umwelt profitieren werden. Das Hauptziel des Plans besteht darin, die Widerstandsfähigkeit der Städte gegenüber dem Klimawandel durch den Ausbau und die Verbesserung der grünen Infrastruktur zu erhöhen. Die Initiative befasst sich mit den Auswirkungen der städtischen Wärmeinsel, der Luftqualität, dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem unzureichenden Zugang zu Grünflächen. Außerdem soll die Umweltgerechtigkeit gefördert werden, indem sichergestellt wird, dass Grünflächen in verschiedenen Stadtteilen, insbesondere in sozial schwächeren, zur Verfügung stehen.

Auswirkungen und Errungenschaften

Bei vollständiger Umsetzung des Plans wird erwartet, dass die Gesamtgrünfläche der Stadt um 10 % zunimmt, die negativen Auswirkungen von Hitzewellen verringert, die Luft- und Bodenqualität verbessert und die biologische Vielfalt gefördert wird. Zu den langfristigen Auswirkungen gehören auch eine verbesserte Kohlenstoffbindung, eine höhere Zufriedenheit der Bürger und eine größere städtische Nachhaltigkeit. Auf diese Weise wird der Kohlenstoff-Fußabdruck der Stadt schrumpfen, und die Stadt wird sich in Richtung einer grüneren Zukunft bewegen. Die Methodik und die Grundsätze könnten von anderen Kommunen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, übernommen werden. Eine Integration dieses Plans in umfassendere regionale oder nationale Klimaanpassungsstrategien ist ebenfalls möglich. Da der Schwerpunkt auf partizipativer Planung und räumlicher Gerechtigkeit liegt, ist er ein guter Kandidat für eine Nachahmung in Städten, die sich für naturbasierte Lösungen und eine nachhaltige urbane Transformation einsetzen.

Erkenntnisse

Die genannten Maßnahmen können auf unterschiedliche Weise klassifiziert werden. Viele von ihnen verfolgen mehrere Zielsetzungen gleichzeitig und decken verschiedene der in der Broschüre aufgeführten Makrobereiche ab. Aus der Untersuchung dieser Maßnahmen ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

- An diesen Maßnahmen sind verschiedene Interessengruppen und Bürger*innen beteiligt. Die Einbeziehung mehrerer Interessengruppen ist unerlässlich, um die

Ziele der Maßnahmen zu erreichen und das notwendige Umweltbewusstsein zu entwickeln.

- Innovation bei der Umsetzung spielt eine Rolle sowohl in Bezug auf die Ergebnisse als auch in Bezug auf die Einbeziehung. Umweltpolitische Maßnahmen, die soziale Innovationen beinhalten, können bessere Ergebnisse und eine stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit bewirken.
- Damit eine Maßnahme replizierbar ist, muss sie klare Ziele haben und Möglichkeiten, diese zu messen. Beispiele wie der "Plan für nachhaltigen städtischen Nahverkehr in Skopje" zeigen, wie eine Maßnahme von der lokalen zur nationalen Ebene übergehen und gleichzeitig wichtige Ziele erreichen kann.
- Umweltpolitik muss auch soziale Ziele haben. Neben dem Engagement der Bürger müssen politische Maßnahmen auch einen erzieherischen Charakter für die Begünstigten und einen sozialen Nutzen haben, um wirklich erfolgreich zu sein.

Ergebnisse der Konsultationen mit politischen Entscheidungsträgern

Dieser Abschnitt enthält eine Analyse der Gespräche, die während der Entwicklung der Broschüre mit verschiedenen Interessengruppen geführt wurden. Die Konsultationen beziehen sich auf die im vorangegangenen Kapitel untersuchten Maßnahmen sowie auf deren Umsetzung durch die beteiligten Akteur*innen und die Reaktionen der Gesellschaft darauf. Zu den teilnehmenden Akteur*innen zählten Bürgermeister*innen, Gemeindevertreter*innen, Verantwortliche für die Umsetzung von Maßnahmen, Abteilungsleiter*innen und Projektkoordinator*innen. Ziel dieses Abschnitts ist es, den Nutzer*innen der Broschüre ein vertieftes Verständnis der folgenden Aspekte zu vermitteln:

- die Art und Weise, wie Unterstützung und öffentliche Wahrnehmung erreicht wurden
- die auftretenden Probleme und Widerstände, die möglicherweise aufgetreten sind
- die politischen Auswirkungen und der weitere Bedarf

Unterstützung und öffentliche Sichtbarkeit

Die Konsultation mit den Interessenvertretern gab einige interessante Einblicke in die Art und Weise, wie sie versuchen, die öffentliche Wahrnehmung und Unterstützung für ihre Politik zu erhöhen. Schließlich hat die Umweltpolitik ohne die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit keine Chance. Viele der Befragten erwähnten den Einsatz von Informationskampagnen und die Verteilung von Druckerzeugnissen, die später

wiederverwertet werden können. Informationsbroschüren können die Begünstigten informieren und die Öffentlichkeit erreichen, indem sie entweder nach Hause geliefert oder in Form von Flugblättern an öffentlichen Plätzen wie Fahrzeugmärkten und/oder Geschäftsstraßen verteilt werden. Ein Teilnehmer erwähnte auch, dass es eine nette Geste ist, zusammen mit dem Flugblatt ein Set von Mülleimern zu versenden, um die Menschen zu motivieren, wenn es um Kompostierung oder Abfallmanagement geht. Eine Informationskampagne von Tür zu Tür hat ebenfalls positive Ergebnisse gezeigt, obwohl man dafür das nötige Personal braucht und die Gemeinden in der Regel nicht über diese Kapazitäten verfügen, wenn sie in einer kleinen Region tätig sind.

Darüber hinaus gehören Veranstaltungen, die das öffentliche Engagement fördern können, zu den häufigsten Möglichkeiten, die Sichtbarkeit zu erhöhen. Viele Interessenvertreter erwähnten, dass die regelmäßige Teilnahme an Umweltveranstaltungen oder die Organisation einer Veranstaltung zu wichtigen Terminen wie dem Weltumwelttag die Sichtbarkeit der Politik und ihrer Ziele erhöhen kann. Diese Veranstaltungen enthielten kurze theoretische Abschnitte, die Diskussionen auslösen können, gefolgt von offenen Problemlösungsgesprächen, die das öffentliche Engagement hoch halten. Darüber hinaus können Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen, die zu Beginn und am Ende der Strategieentwicklung organisiert werden, sowie Veranstaltungen während der Umsetzung, um Fortschritte zu zeigen, die Sichtbarkeit und Anerkennung erhöhen und mehr Unterstützer an Bord bringen. Gleichzeitig wiesen die Befragten darauf hin, dass die Veranstaltungen einen eher gemeinschaftlichen Charakter haben sollten und nicht den klassischen isolierten Charakter, der die Öffentlichkeit oft dazu bringt, eine Veränderung abzulehnen. Aktivitäten auf Gemeinschaftsebene, wie die Verteilung von Kompost auf Flohmärkten, um die greifbaren Vorteile des Recyclings aufzuzeigen, oder Besuche in Schulen, um Kinder über Recycling und Nachhaltigkeit aufzuklären und sie dafür zu begeistern, verändern das Narrativ und verbessern das Ergebnis einer Politik, während sie die Öffentlichkeit aufklären.

Besuche in Schulen und die Einbeziehung von Bildungsprotokollen, die möglicherweise von NRO angeboten werden, können eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Umweltmaßnahmen spielen. Die Erziehung der jüngeren Generationen mit dem Ziel, sie von klein auf mit nachhaltigen Praktiken vertraut zu machen, erhöht die öffentliche Unterstützung der jüngeren Generationen. Die Gemeinden haben wiederum nicht die Kapazität, dies allein zu tun, da ihr Personal begrenzt ist. Deshalb kann sich die Einbeziehung von NRO, die im Bereich Bildung und Umwelt tätig sind, als nützlich erweisen, um die Unterstützung und Sichtbarkeit grüner Politik zu erhöhen.

Auftretende Probleme und Widerstand

In der Umweltschutzpolitik werden die Menschen häufig aufgefordert, einige schädliche Gewohnheiten zu ändern und/oder neue Gewohnheiten in ihrem täglichen Leben

anzunehmen. Obwohl diese Änderungen den Lebensstandard des Einzelnen verbessern und sein Leben nachhaltiger gestalten sollen, rufen diese Änderungen oft Reaktionen hervor, die wiederum Hindernisse für die Umsetzung der Maßnahmen schaffen. In den Gesprächen, die wir mit den Beteiligten führten, baten wir sie, die Reaktionen zu nennen, die sie erlebt hatten, und zu berichten, wie sie diese abschwächen konnten.

Zu den Hauptproblemen, mit denen die politischen Entscheidungsträger konfrontiert sind, gehören die mangelnden Kapazitäten und die Grenzen der Durchsetzung, die sie haben. Den Gemeinden, insbesondere in kleinen ländlichen Gebieten, fehlt es oft an technischen, finanziellen und personellen Ressourcen, um ihre umweltpolitischen Maßnahmen durchzusetzen. Am deutlichsten wird das Problem in Gebieten, in denen die Menschen nach wie vor ihre Abfälle illegal verbrennen, nicht genehmigte Mülldeponien nutzen und unzureichende Klärsysteme weit verbreitet sind. Trotz ihrer Bemühungen sind diese Herausforderungen, wie sie in den Interviews erwähnten, nur schwer zu bewältigen und bedürfen weiterer Unterstützung durch die Zentralregierung, vor allem im Hinblick auf den finanziellen Teil, der alle anderen betrifft.

Darüber hinaus gibt es häufig Widerstand, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen wirtschaftliche Interessen und Alltagsgewohnheiten berühren. Die häufigsten Änderungen, auf die sich die Bürger einstellen müssen, betreffen die Mülltrennung, die Kompostierung oder Gebührenerhöhungen in der Abfallwirtschaft. Diese Veränderungen erfordern Zeit und Aufklärung, damit die Öffentlichkeit sie in ihr Leben einführen kann; daher gibt es oft Widerstand, aber nicht in direkter Form. Ein Beteiligter erwähnte, dass sich der Widerstand manchmal eher indirekt in Form von mangelnder Einhaltung der Vorschriften als in Form von offener Ablehnung äußert, z. B. als die Kompostierung eingeführt wurde, fanden viele statt der kompostierten Materialien andere Abfälle, die in andere Behälter hätten gehören sollen.

Die oben genannten Widerstände stehen meist im Zusammenhang mit der mangelnden Kommunikation zwischen den Behörden und den Bürgern. Wir haben zwar gesehen, dass die Akteure versuchen, mit ihren Maßnahmen die Sichtbarkeit und die öffentliche Unterstützung zu erhöhen, aber manchmal reicht dies nicht aus oder hat nicht die erforderliche Wirkung. Wenn dies der Fall ist, halten die Bewohner die Maßnahmen möglicherweise für unnötig oder sie sind so konzipiert, dass sie nicht das versprochene Ergebnis erzielen. Darüber hinaus weisen die Befragten darauf hin, dass aufgrund früherer Misserfolge oder undurchsichtiger Umsetzungsmethoden häufig ein Mangel an Vertrauen in solche Maßnahmen besteht. Transparenz und Initiativen, die den Dialog fördern (wie das Beispiel Tauragė zeigt), tragen zur Klärung solcher Fragen bei und stärken das Vertrauen zwischen Bürgern und lokalen Behörden.

Es ist auch entscheidend, den kulturellen Hintergrund der Menschen zu berücksichtigen. Die Interviewteilnehmer wiesen darauf hin, dass es wichtig ist, den kulturellen Hintergrund der Bewohner, die man ansprechen will, zu verstehen, da viele ihrer Gewohnheiten, wie z. B. die unsachgemäße Abfallentsorgung, tief in ihren kulturellen

Gewohnheiten verwurzelt sein können. Um solche Probleme anzugehen, waren sich die meisten Beteiligten einig, dass Bildungsprogramme notwendig sind, die Orientierung bieten und Vorurteile und Stereotypen abbauen.

Auswirkungen und Bedürfnisse

Nach Ansicht der beteiligten Akteur*innen haben die Auswirkungen der Maßnahmen zahlreiche Dimensionen und zeigen sich in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens. Umweltbezogene Maßnahmen können durch die Verbesserung bestehender Infrastrukturen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit eines Ortes beitragen. Beispiele wie Investitionen in Grünflächen, die Aufwertung verlassener Areale oder die Verbesserung von Straßennetzen können die Lebensqualität in einer Region erhöhen und zugleich Verantwortlichkeiten zwischen den beteiligten Akteur*innen klarer definieren. Darüber hinaus können Maßnahmen zur Verringerung von Umweltrisiken sowie Pläne zur Schließung und Wiederbelebung illegaler Mülldeponien oder Umweltbewertungen – etwa für Kompostieranlagen in Skopje oder Metamorfosis – dazu beitragen, dringende Probleme im Zusammenhang mit Abfallmanagement und Umweltverschmutzung zu adressieren.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Maßnahmen betrifft das Engagement der Bürger*innen. Obwohl Bürger*innenbeteiligung schwer zu erreichen ist und – wie bereits erwähnt – häufig auf Widerstände stößt, bleibt sie eines der zentralen Ziele umweltbezogener Initiativen. In mehreren Fällen, so berichteten die Befragten, konnte die Beteiligung durch Anreize wie Gutscheine für Jugendliche, Ökopunkte oder Steuerermäßigungen gefördert werden. Diese Instrumente motivierten Bürger*innen, Abfälle zu trennen und abzugeben sowie die Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen aktiver zu unterstützen. Darüber hinaus berichteten mehrere Beteiligte, dass lokale Initiativen – etwa die Verteilung von Recyclingtüten, die Einrichtung von Leergutrücknahmeautomaten und Aufklärungsprogramme in Schulen – das alltägliche Recyclingverhalten positiv beeinflussten und sich förderlich auf die Umsetzung der Umweltpläne auswirkten. In einigen Fällen, so erläuterten die politischen Entscheidungsträger*innen, wurden Umweltbewusstsein und Verantwortlichkeit insbesondere dann gestärkt, wenn Bürger*innen aktiv an der Stadtplanung und -umsetzung beteiligt waren, beispielsweise durch Baumpflanzungen oder Sensibilisierungsmaßnahmen.

Gleichzeitig zeigten einige Maßnahmen auch eine bildende Wirkung auf die Bürger*innen, was zu einer Vertiefung ihres Umweltbewusstseins und zu einer stärkeren sozialen Integration im Rahmen der jeweiligen Initiative beitrug. Darüber hinaus konnten Maßnahmen, wie jene, die von öffentlichen Versorgungsunternehmen (PUCs) – etwa in Termini – umgesetzt wurden, arbeitslosen Bürger*innen dabei helfen, ihre beruflichen Kompetenzen zu stärken und weiterzuentwickeln. Die Beteiligung arbeitsloser Einwohner*innen war, wie bereits erwähnt, in der Regel zeitlich begrenzt und mit einem

überschaubaren Aufwand verbunden. Da die Aktivitäten der PUCs jedoch mit beruflicher Bildung und Ausbildung kombinierbar waren, führte die Teilnahme in einigen Fällen zu einer erfolgreichen Arbeitsaufnahme.

Mehrere Interessensvertreter*innen hoben hervor, dass strategische Planung und Kooperation zwischen verschiedenen Gemeinden sowie relevanten Akteur*innen die Wirkung auf die lokale Gemeinschaft deutlich verbessern können. Gemeinsame Projekte von Kommunen stärken nicht nur die interkommunale Zusammenarbeit, sondern erhöhen zugleich die Übertragbarkeit erfolgreicher Maßnahmen. Dies kann – wie das Beispiel der Stadt Skopje zeigt, die kontinuierlich mit anderen Kommunen kooperiert – zu einer effektiveren Abfallbewirtschaftung und verbesserten Koordination umweltbezogener Maßnahmen führen. Darüber hinaus kann langfristige Planung, wie sie etwa im Klimaneutralitäts- und Begrünungsplan von Tauragė oder in der Zero-Waste-Initiative von Skyros umgesetzt wird, nachhaltige Instrumente und Infrastrukturen schaffen, die zur langfristigen Stabilisierung und ökologischen Entwicklung eines Gebiets beitragen.

Ergebnisse der Konsultationen mit lokalen Umweltausschüssen

Das Kapitel enthält eine Analyse der Gespräche, die während der Erstellung der Broschüre mit den lokalen Umweltausschüssen in den Partnerländern geführt wurden. Die Konsultationen beziehen sich auf die im Kapitel untersuchten Maßnahmen sowie auf die Art und Weise, wie die lokalen Umweltausschüsse diese wahrnehmen. Die Umweltausschüsse setzten sich aus Organisationen zusammen, die Umweltaktionen fördern, sowie aus aktiven und nicht aktiven Bürger*innen, die bereit sind, sich an Umweltaktivitäten und -diskussionen zu beteiligen. Die Diskussionen der lokalen Umweltausschüsse fanden in Form von Runden Tischen statt. Jeder Runde Tisch bestand aus mindestens fünf Teilnehmer*innen; insgesamt nahmen 98 Personen an den Diskussionen teil. Die Gespräche verliefen konstruktiv und konzentrierten sich auf:

- Bewusstsein für die Politik und die Folgen, die sie hat oder haben kann
- Auftretende Probleme und möglicher Widerstand in der örtlichen Gemeinschaft
- Einbeziehung der lokalen Gemeinschaft in den Entscheidungsfindungsprozess
- Replizierbarkeit der Politik und weiterer Bedarf

Die Teilnehmer*innen analysierten im Rahmen von Dialogen, Ideenpräsentationen und Reflexionen die bestehenden Maßnahmen und identifizierten den Bedarf für deren weitere Entwicklung im Bereich der Umweltmaßnahmen. Insbesondere die lokalen Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle, da sie zur Stärkung der Bürger*innenbeteiligung im Entscheidungsprozess beitragen..

Bewusstsein für umweltpolitische Maßnahmen

Die Sensibilisierung der Einwohner*innen für umweltbezogene Maßnahmen ist von zentraler Bedeutung, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes, da ohne die Mitwirkung der Bevölkerung keine nachhaltigen Erfolge erzielt werden können. Während der Runden Tische berichteten die Teilnehmer*innen der lokalen Umweltausschüsse, dass ihnen einige der Maßnahmen bereits bekannt waren. Im Fall von HRB beispielsweise waren alle Teilnehmer*innen damit vertraut, da sie in der Vergangenheit von Überschwemmungen betroffen gewesen waren und die Initiative positiv bewerteten, weil sie Siedlungen und Infrastrukturen schützt. In anderen Fällen verfügten die Teilnehmer*innen zunächst über kein klares Bild, stellten jedoch im Verlauf der Diskussionen fest, dass sie die betreffende Maßnahme kannten, und sahen darin eine gute Gelegenheit, mehr über deren Inhalte und Ergebnisse zu erfahren. Ihr Wissen stammte überwiegend aus Massenmedien, die – wie einige anmerkten – häufig keine vollständigen Informationen bereitstellen, sodass die Herausforderungen oder Auswirkungen nur teilweise verstanden werden.

In mehreren Fällen beschränkte sich die Sensibilisierung auf sichtbare Aktivitäten auf Gemeindeebene, ohne dass die tatsächlichen Auswirkungen der Maßnahmen umfassend bekannt waren. Beobachtbare Ergebnisse wie sauberere Stadtviertel, verbesserte Abfallentsorgung oder aufgewertete öffentliche Räume waren zwar leicht festzustellen, doch fehlte oft ein tieferes Verständnis für die langfristigen Effekte. Die Teilnehmer*innen der Runden Tische waren sich nahezu einhellig darin einig, dass Maßnahmen, die auf nachhaltiges Leben und Umweltschutz abzielen, wesentlich für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt sind. Sie betonten jedoch, dass eine positive Wirkung nur durch eine sachgerechte Umsetzung erreicht werden kann – was nicht möglich ist, wenn die Einwohner*innen nicht in die Konsultationsprozesse einbezogen werden.

Im Rahmen der Diskussionen äußerten die Teilnehmer*innen, dass solche Maßnahmen zwar theoretisch überzeugend seien, in der Praxis jedoch einer verbesserten Kommunikationsstrategie bedürften, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass sowohl Interessensvertreter*innen als auch Bürger*innen umfassend informiert und in begleitende Bildungs- und Folgemaßnahmen eingebunden werden sollten. Es genügt nicht, Informationen lediglich online bereitzustellen – die Behörden müssen sie im direkten Austausch mit den Einwohner*innen erläutern und die Maßnahmen so gestalten, dass sie Unterstützung bieten, anstatt als Sanktion wahrgenommen zu werden.

Herausforderungen und Widerstände bei der Umsetzung von Maßnahmen

Die lokalen Umweltausschüsse diskutierten während der Runden Tische ausführlich über mögliche Herausforderungen, die mit der Umsetzung einzelner Maßnahmen einhergehen können, sowie über den Widerstand, der dabei entstehen könnte. Die am häufigsten von den Teilnehmer*innen geäußerten Bedenken bezogen sich auf Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen. Viele Teilnehmer*innen äußerten Unzufriedenheit über steigende Umweltafgaben, die mit bestimmten Maßnahmen verbunden sein können, sowie über zusätzliche Kosten, die insbesondere Bewohner*innen ländlicher Gebiete überproportional belasten. Dieses Thema steht in engem Zusammenhang mit dem Vertrauen, das Einwohner*innen ihren kommunalen Behörden entgegenbringen. Zahlreiche Teilnehmer*innen berichteten, dass sie häufig das Gefühl haben, ihre Stimme werde nicht ausreichend gehört. Als Beispiele nannten sie das Fällen von Bäumen in Gebieten mit ohnehin geringem Grünflächenanteil, die unzureichende Nutzung von Elektrofahrzeugen trotz ihres Potenzials zur Reduzierung von CO₂-Emissionen sowie mangelhafte Recyclingpraktiken ohne angemessene Information oder Aufklärung der Bevölkerung. Solche Situationen können zu Apathie oder passivem Widerstand führen, was sich darin äußert, dass Einwohner*innen die Umsetzung bestimmter Maßnahmen verweigern oder sie ablehnen, weil sie nicht an deren Wirksamkeit glauben.

Weitere Probleme können aus unzureichendem Management einzelner Maßnahmen resultieren, insbesondere wenn versucht wird, lokal konzipierte Initiativen ohne entsprechende Anpassung in größerem Maßstab umzusetzen. Wie mehrere Teilnehmer*innen anmerkten, kann dies sowohl innerhalb der Verwaltung – etwa aufgrund von Personalknappheit – als auch auf Seiten der Bürger*innen zu Rückschlägen führen, wenn Maßnahmen als ineffiziente oder fehlgeleitete Investitionen wahrgenommen werden. Ein typisches Beispiel dafür ist der Widerstand von Bürger*innen gegen umweltfreundliche Verkehrskonzepte, die nicht angenommen werden, wenn das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln nicht ausreichend, zuverlässig oder modern ist. Widerstand kann darüber hinaus auch aus fehlendem Wissen entstehen: Viele Einwohner*innen wissen nicht genau, wie sie Abfälle korrekt trennen sollen, welche Behälter für welche Materialien vorgesehen sind oder wie Recyclingprozesse grundsätzlich funktionieren. Diese Wissenslücken fördern Skepsis und schwächen die Akzeptanz und Wirksamkeit umgesetzter Maßnahmen.

Zudem wirkt die in einigen Regionen geringe Umweltkultur als hemmender Faktor für die Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen. Wie in den Runden Tischen hervorgehoben wurde, vermeiden manche politische Akteur*innen die Einführung entsprechender Maßnahmen, weil sie befürchten, aufgrund negativer öffentlicher Reaktionen politische Unterstützung zu verlieren. Nach Ansicht der lokalen Umweltausschüsse ist zur Überwindung solcher Widerstände eine Kommunikationsstrategie erforderlich, die

Transparenz über die Ziele und Wirkungen der jeweiligen Maßnahme schafft. Diese sollte von den zuständigen Behörden in enger Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt und umgesetzt werden, um bestehende Wissenslücken zu schließen und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken.

Beteiligung der lokalen Gemeinschaft am Entscheidungsprozess

Die Beteiligung der lokalen Gemeinschaft am Entscheidungsprozess ist von zentraler Bedeutung, wenn die zuständigen Behörden sicherstellen wollen, dass eine Maßnahme ihren Zweck tatsächlich erfüllt. Um eine wirksame Einbindung der Bevölkerung zu erreichen, waren sich die Teilnehmer*innen der Runden Tische einig, dass ein engerer und kontinuierlicher Austausch zwischen Kommunalverwaltungen und Bürger*innen erforderlich ist. Dabei wurde betont, dass lokale Behörden regelmäßig den direkten Kontakt zu den Bürger*innen suchen sollten – etwa durch die Organisation von Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen, in Gemeinschaftseinrichtungen oder durch Präsenz auf Märkten – und nicht nur während Wahlperioden in Erscheinung treten sollten. Darüber hinaus sollten bestehende Netzwerke wie Kulturvereine, lokale Verbände, Jugendgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen eine aktivere Rolle sowohl in der Beratung zu Maßnahmen als auch in der Verbreitung von Informationen und der Rückmeldung übernehmen, da sie in unmittelbarem Kontakt mit der Bevölkerung stehen.

Zugleich hoben die Teilnehmer*innen hervor, wie wichtig strukturierte Kommunikationsstrategien sind. Informationen müssen die Einwohner*innen vollständig, transparent und in verständlicher Form erreichen. Wenn die Bevölkerung lückenlos über geplante und laufende Maßnahmen informiert ist, kann sie sich aktiver beteiligen und nachvollziehen, welche Entwicklungen in ihrer Gemeinde stattfinden. Ebenso sind Investitionen in Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen erforderlich. Die Integration von Umweltthemen in Schulen und Kulturzentren sowie gemeinsame Aktivitäten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in Nachbarschaften verankert sind, können bei Erwachsenen und Kindern gleichermaßen ein stärkeres Bewusstsein, Verantwortungsgefühl und Engagement fördern.

Ein weiterer zentraler Punkt betrifft die Transparenz des gesamten Prozesses. Behörden müssen das Vertrauen der Einwohner*innen gewinnen, um deren aktive Beteiligung sicherzustellen. Klare und praxisnahe Empfehlungen für den Alltag – etwa einfache Haushaltstipps kombiniert mit verständlichen Erklärungen zu den Zielen einer Maßnahme – können Missverständnisse verringern und das Interesse der Bevölkerung steigern. Ergänzend können Anreizmechanismen, wie beispielsweise reduzierte kommunale Gebühren oder die Möglichkeit, sich direkt an neuen Programmen der

Stadtverwaltung zu beteiligen, das Engagement zusätzlich fördern – auch wenn einige Teilnehmer*innen solche Ansätze kritisch bewerteten.

Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass ein kontinuierlicher Dialog der Schlüssel zu einer erfolgreichen Bürger*innenbeteiligung ist. Gleichzeitig diskutierten die Gruppen auch über die Verantwortung der Bürger*innen, selbst aktiv zu werden. Einige Teilnehmer*innen vertraten die Auffassung, dass Einwohner*innen in bestimmten Fällen sogar verpflichtet werden sollten, umweltfreundlichere Praktiken anzuwenden, da diese sonst häufig nicht freiwillig umgesetzt würden. Trotz unterschiedlicher Meinungen bestand Einvernehmen darüber, dass die aktive Unterstützung und Stärkung lokaler Gruppen ein entscheidender Faktor ist, um die Beteiligung der Bürger*innen zu fördern und einen nachhaltigen Wandel in der lokalen Gemeinschaft zu bewirken.

Übertragbarkeit der Maßnahmen und weiterer Handlungsbedarf

Die diskutierten Maßnahmen wurden von den Teilnehmer*innen als grundsätzlich replizierbar in anderen Regionen eingeschätzt. Die Mehrheit war der Ansicht, dass insbesondere Maßnahmen, die sich auf Themen wie Dürre, Hochwasser oder Abfallwirtschaft konzentrieren, erfolgreich von anderen Regionen übernommen und angepasst werden können. Mehrere Teilnehmer*innen betonten jedoch, dass die Übertragbarkeit stark von lokalen Gegebenheiten abhängt. Faktoren wie die Größe der Gemeinde, die personellen Kapazitäten und insbesondere die verfügbaren finanziellen Ressourcen gelten als entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung einer Maßnahme. Damit eine Maßnahme wirksam umgesetzt werden kann, müssen diese Rahmenbedingungen sowie die spezifischen Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaft sorgfältig berücksichtigt werden.

Darüber hinaus hoben die Teilnehmer*innen hervor, dass bei der Umsetzung bestimmter Maßnahmen Ausnahmen vorgesehen werden sollten, sofern dies erforderlich ist, um die lokale Gemeinschaft nicht übermäßig zu belasten. Eine solche Vorgehensweise setzt eine enge Koordinierung zwischen benachbarten Gemeinden voraus, gegebenenfalls unter Einbeziehung lokaler Entscheidungsgremien. Gleichzeitig kann die häufige Überschneidung von Zuständigkeiten zwischen kommunaler und regionaler Ebene die Replikation erschweren. Um Missverständnisse und Ineffizienzen zu vermeiden, ist daher eine klare Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen den beteiligten Behörden notwendig.

Schließlich betonten die Teilnehmer*innen, dass jede Maßnahme von gezielten Investitionen in Bildungs- und Informationsarbeit begleitet werden sollte. Langfristige Umsetzungsstrategien sind erforderlich, um die Nachhaltigkeit der Maßnahmen sicherzustellen. Ebenso wurde die Bedeutung einer stärkeren öffentlichen Beteiligung

und sichtbarer Ergebnisse vor Ort hervorgehoben, um Vertrauen in die lokalen und regionalen Institutionen aufzubauen und das Engagement der Bevölkerung zu fördern.

Empfehlungen für die gemeinsame Gestaltung umweltpolitischer Initiativen

Die im Rahmen des GEA-Projekts durchgeführten Konsultationen haben sowohl das Potenzial umweltbezogener Maßnahmen als auch die bestehenden Herausforderungen bei deren Umsetzung deutlich gemacht. Aus den Erkenntnissen, die während der Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen und lokalen Umweltausschüssen gewonnen wurden, lassen sich mehrere Empfehlungen für die gemeinsame Gestaltung künftiger umweltbezogener Initiativen ableiten. Diese Empfehlungen verfolgen zwei zentrale Ziele: Zum einen sollen sie dazu beitragen, bestehende und neu entstehende Herausforderungen wirksam anzugehen; zum anderen sollen sie Kommunen und lokale Gemeinschaften dabei unterstützen, Maßnahmen gemeinschaftlich zu entwickeln, die integrativer und nachhaltiger ausgestaltet sind. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse können die folgenden Empfehlungen und Handlungsansätze formuliert werden:

- Die **Kommunikationsstrategien** sollten in die Umsetzung der Politik integriert werden. Die Botschaften, die die Bürgerinnen und Bürger erhalten, sollten **klar, umfassend und in einfacher Sprache** sein und sowohl von **traditionellen Sendern** wie Zeitungen und sozialen Medien als auch von **lokalen Einrichtungen** wie zivilgesellschaftlichen Organisationen, Jugend-/Kulturvereinen usw. übermittelt werden.
- Die Einbindung von **Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen** kann einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Politik leisten. Die Integration von Umweltbildungsprogrammen in **Schulen, Kulturzentren** und **Nachbarschaftsaktivitäten** wird das Bewusstsein der Bürger stärken und ein langfristiges Bewusstsein schaffen. Gemeinsame Anstrengungen von **Kommunen** und **zivilgesellschaftlichen Organisationen** können Wissenslücken schließen und die vorherrschende Skepsis bekämpfen, insbesondere in Bezug auf Recycling.
- Die Einführung von Mechanismen seitens der Gemeinden, wie **runde Tische** oder häufige **öffentliche Sitzungen**, kann die Bürgerbeteiligung verbessern. Das Engagement der Bürger bei der Entwicklung von Strategien und der Konsultation sollte **in einem frühen Stadium des Prozesses** erfolgen und nicht erst, nachdem Entscheidungen getroffen wurden.

- Gestaltung von Maßnahmen mit einer **sozialen Dimension**. Maßnahmen, die soziale Vorteile wie die **Schaffung von Arbeitsplätzen**, die **Entwicklung von Stadtvierteln** oder die Senkung **kommunaler Gebühren** mit Nachhaltigkeits- und Umweltzielen verbinden, werden von den Bewohnern eher akzeptiert.
- Kommunale oder regionale Behörden sollten die Besonderheiten ihres Gebiets berücksichtigen, bevor sie Maßnahmen ergreifen. Bei der Umsetzung von Maßnahmen sollten zunächst die **Größe**, die **finanziellen und personellen Kapazitäten** sowie die spezifischen **Umweltprobleme** eines Gebiets berücksichtigt werden, und zwar stets in Verbindung mit der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgern.
- Die **Zusammenarbeit** zwischen verschiedenen Gemeinden, Regionen und mit der Zentralregierung wird empfohlen, um **Überschneidungen** und **Unstimmigkeiten** bei der Umsetzung der Politik zu vermeiden. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen nationalen Akteuren sowie **zivilgesellschaftlichen Organisationen** kann zu positiven Ergebnissen und zum Zugang zu **EU-Ressourcen** für die nachhaltige Entwicklung einer Region führen.
- Schließlich wird es als äußerst wichtig erachtet, dass die durchgeführten Maßnahmen einen **langfristigen Nachhaltigkeitsplan** haben. Investitionen in politische Maßnahmen, die **sichtbare Ergebnisse** vor Ort bringen, aber auch die **finanzielle Kapazität** für eine Umsetzung über die Wahlzyklen hinaus sichern, werden bessere Ergebnisse erzielen und ein **Vertrauensverhältnis** zwischen den Behörden und den Bürgern aufbauen.



CUIABLU OÜ



THE JACITORO



**Co-funded by
the European Union**

Funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Education and Culture Executive Agency (EACEA). Neither the European Union nor EACEA can be held responsible for them.

2022-1-IT02-KA220-ADU-000087270